

Öffentlicher Appell für die Meinungsäusserungsfreiheit und gegen Schnüffeleien durch Nestlé und Securitas

Das Westschweizer Fernsehen hat im Juni 2008 publik gemacht, dass die private Sicherheitsfirma Securitas im Auftrag von Nestlé die Mitglieder einer Arbeitsgruppe der globalisierungskritischen Bewegung attac infiltriert und ausspioniert hat. Die attac-Arbeitsgruppe arbeitete an einem Buch über die Politik des Konzerns bezogen auf Gentechnik, Wasser, Milchpulver, Kaffee und das Verhalten gegenüber Arbeitnehmenden und Gewerkschaften. Im September 2008 bringt das Westschweizer Fernsehen einen weiteren Spionagefall an die Öffentlichkeit. Eine leitende Securitas-Angestellte hatte die Gruppe GAR in Lausanne, die Fälle von Polizeigewalt und Repression dokumentiert, infiltriert. Und jüngste Berichte des Westschweizer Fernsehens lassen darauf schliessen, dass die Bespitzelung der attac durch Securitas auch über das Jahr 2005 hinaus gedauert hat.

- **Die Unterzeichnenden sind über diese Schnüffeltätigkeiten durch private Firmen empört und verurteilen die Spionageaktivitäten von Nestlé und Securitas** gegen attac und andere globalisierungskritische Gruppen aufs schärfste, denn sie verstossen in gravierender Weise gegen das Recht auf freie Meinungsäusserung und Organisationsfreiheit.
- **Wir fordern die Verantwortlichen von Nestlé und Securitas auf, jegliche Schnüffeltätigkeit sofort einzustellen.**
- **Die Unterzeichnenden appellieren an den weltweit grössten Nahrungsmittelkonzern Nestlé, statt solche Schnüffeleien gegen ihre KritikerInnen in Auftrag zu geben, die Geschäfte des Konzerns so zu führen, dass sich öffentliche Kritik erübrigt**, indem Nestlé z.B. die Arbeits- und Gewerkschaftsrechte weltweit respektiert, faire Preise für die ProduzentInnen garantiert, Sorge zur Umwelt trägt und eine einwandfreie Qualität der Produkte gewährleistet.
- **Die Unterzeichnenden fordern die kantonalen und eidgenössischen Behörden auf, diesen Nestlé/Securitas-Skandal vollständig aufzuklären und alle nötigen Vorkehren zu treffen, um das Recht auf Meinungsäusserungs- und Organisationsfreiheit gegen solche Angriffe durch private Firmen zu schützen.**